

# Einflussfaktoren und Prävention von Linksextremismus

**Laura Treskow & Dirk Baier**

Auf Initiative des Landespräventionsrats Niedersachsen haben das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen und das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen durchgeführt, dessen primäres Anliegen darin bestand, Einflussfaktoren und Präventionsmöglichkeiten dieses Phänomens zu untersuchen (Treskow/Baier 2020). Im Folgenden werden ausgewählte Befunde der Analyse vorgestellt, wobei vor allem auf die Ergebnisse von Befragungsstudien sowie die Folgerungen für die Prävention eingegangen wird.<sup>1</sup>

## Das Linksextremismus-Konzept

Wird zunächst die Definition des Bundesamts für Verfassungsschutz (o. J.) herangezogen, so sind diejenigen Einstellungen, Positionen, Bestrebungen und Handlungen als linksextrem zu kategorisieren, die sich „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung [richten und] die auf einer Verabsolutierung der Werte von Freiheit und (sozialer) Gleichheit beruhen, wie sie sich insbesondere in den Ideen von Anarchismus und Kommunismus ausdrücken“. Diese weit gefasste Linksextremismus-Konzeption ist allerdings nicht unumstritten, weil unklar bleibt, welche Indikatoren noch demokratische Einstellungen und Handlungen abbilden und ab welchem Grad der Zustimmung zu radikalen Einstellungen diese als linksextremistisch zu kategorisieren sind. Für Pfahl-Traugherber (2020, S. 23) lässt sich der Linksextremismus wie folgt kennzeichnen: Erstens geht es um alle politischen Auffassungen und Handlungen, die der Gleichheit eine herausgehobene Position im eigenen politischen Selbstverständnis zuweisen. Zweitens richten sich die damit einhergehenden Bestrebungen gegen die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates. Drittens sind vor allem die angewandten Mittel, insbesondere der Gewalteininsatz zu betrachten. Unter Linksextremismus sind demnach letztlich „alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen

der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen“, zu fassen.<sup>2</sup>

Das angestrebte gesellschaftliche Gegenmodell zur Demokratie besteht entweder in einer weitestgehend selbstverwalteten, herrschaftsfreien Gesellschaft (Anarchismus) oder im Kommunismus. Ein weiteres zentrales Element des Linksextremismus ist zudem die Legitimation bis hin zur tatsächlichen Anwendung von Gewalt als (notwendiges) Mittel zur Zielerreichung. Anarchismus/Kommunismus und Gewaltanwendung (im Sinne von linker Militanz) bilden demnach die Kerndimensionen des Linksextremismus.

## Linksextremismus im Licht von Befragungsstudien

Seit dem Jahr 2013 wird im Zwei-Jahres-Abstand vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen eine Repräsentativbefragung von Schülerinnen und Schülern der neunten Jahrgangsstufe, mit jeweils ca. 10.000 Befragten, im Bundesland Niedersachsen durchgeführt. Bis dato liegen vier Erhebungen der Trendbefragung vor, die für die Analyse des Linksextremismus herangezogen werden können – zu Einstellungen ebenso wie zu Verhaltensweisen.

Die Einstellung des Anarchismus wurde in allen Befragungen bspw. mit

dem Item „Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird“ erfasst. Zur Messung militanter, gewaltbefürwortender Einstellungen kamen Items wie „Gegen die Unterdrückung durch Staat und Polizei muss man gezielt Gewalt einsetzen“ oder „Ich finde es in Ordnung, wenn die Gebäude oder Luxusautos der weltweiten Großunternehmen und Wirtschaftsbosse beschädigt werden“ zum Einsatz. Linksextremes Verhalten wurde über Aussagen wie „Ich habe in den letzten zwölf Monaten ein Auto oder Haus angezündet, um gegen die Großunternehmen und Millionäre zu protestieren“ oder „... jemanden geschlagen und verletzt, weil er rechts war“ gemessen.<sup>3</sup>

Abbildung 1 stellt den Anteil an Befragten dar, die sich zustimmend zu den Einstellungsskalen geäußert haben bzw. die mindestens eine Form des linksextremen Verhaltens ausgeführt haben. Den Items zur Erfassung der Einstellungen konnte von „1 – stimmt nicht“ bis „7 – stimmt genau“ zugestimmt werden; als Zustimmung wurden Werte über 4,0 eingestuft. Die Zustimmung zum Anarchismus ist zunächst von 9,6 auf 11,5 % gestiegen und anschließend wieder auf 9,6 % gefallen ist. Zum Jahr 2019 geht der Zustimmunganteil dann deutlich zurück (1,8 % Zustimmung).<sup>4</sup> Anarchistische Ideen werden von jungen

<sup>1</sup> An dieser Stelle möchten die Autorin und der Autor dem Landespräventionsrat Niedersachsen und hier besonders Herrn Thomas Müller für die Förderung und Begleitung des Projekts danken.

<sup>2</sup> Weitere Definitionen betonen das Merkmal der freiheitsberaubenden Kollektivierung (Schroeder und Deutz-Schroeder, 2019, S. 27 f), eingebettet in einen „radikal-egalitären Politikentwurf“ (Backes, 2008)

<sup>3</sup> Vgl. für die ausführlichen Messinstrumente Treskow und Baier (2020). Zusätzlich konnten in der Analyse von Treskow und Baier (2020) Daten einer Erwachsenenbefragung berücksichtigt werden; diese werden hier allerdings nicht in die Betrachtung einbezogen. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass die Messinstrumente der Jugendbefragung im Jahr 2019 teilweise von den Instrumenten der vorherigen Jahre abwichen.

<sup>4</sup> Hier ist zu beachten, dass dieser Anteil nicht direkt vergleichbar ist mit den Vorgängerjahren, insofern im Jahr 2019 Anarchismus teilweise mit anderen Items erfasst wurde. Wenn die Auswertungen aber auf das kompatible Item beschränkt werden („Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird“), dann ergibt sich ebenfalls ein starker Rückgang, insofern 2019 nur noch 3,0 % der Jugendlichen dieser Aussage zustimmten.

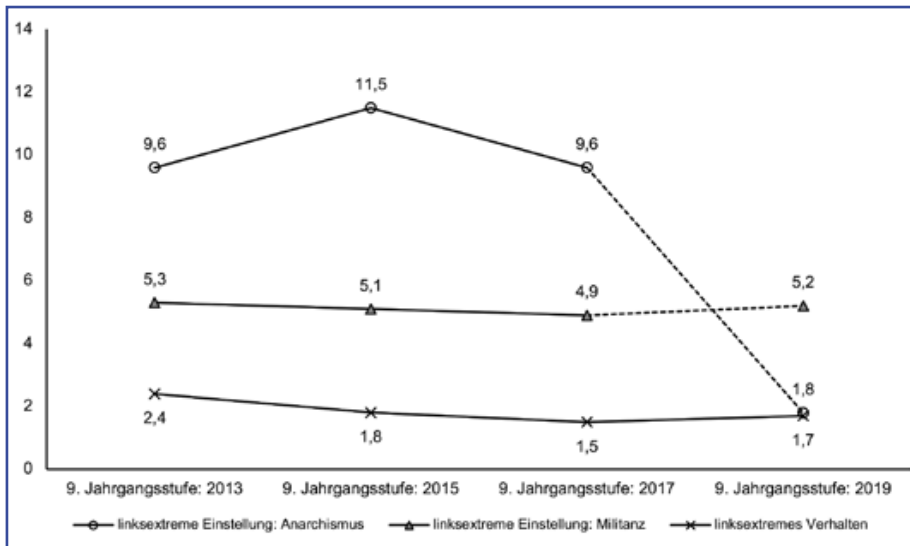


Abbildung 1: Zustimmung zu linksextrêmten Einstellungen und Verhalten (in %; gewichtete Daten)

Menschen insofern immer seltener geteilt. Für die anderen beiden Indikatoren findet sich hingegen kein entsprechend starker Rückgang: Die Zustimmung zu militanten Einstellungen liegt in jedem Erhebungsjahr bei etwa 5 Prozent. Für das linksextrême Verhalten ergibt sich ein leichter Rückgang von 2,4 auf 1,5 %, gefolgt von einem leichten Anstieg auf 1,7 %. Dies bedeutet, dass zwar nur ein kleiner Teil der Jugendlichen eine Gewaltbereitschaft zeigt (hinsichtlich Einstellungen wie Verhalten); dieser Anteil ist über die Jahre hinweg aber mehr oder weniger gleich geblieben.

Geprüft wurden zudem die Korrelationen zwischen den Einstellungsskalen und dem Verhaltensindex. Die Einstellungsskalen korrelieren in mittlerer Höhe miteinander.<sup>5</sup> Dies bedeutet, dass beide Einstellungen nicht identisch sind und separat hinsichtlich möglicher Einflussfaktoren betrachtet werden sollten. Gleiches gilt mit Blick auf das Verhalten: Die Korrelationen der Einstellungsskalen mit dem Verhaltensindex fallen eher niedriger aus.<sup>6</sup>

Neben der Verbreitung linksextrêmter Einstellungsmuster und Verhaltensweisen ist von besonderem Interesse, welche Einflussfaktoren die Hinwendung zu diesen begünstigen können. Hierzu wurde eine ganze Reihe bivariater Korrelationsanalysen berechnet. Die niedersachsenweiten Befragungen eignen sich aufgrund ihres Mehr-Themen-Charakters dazu, eine Vielzahl an Einflussfaktoren zu prüfen. Eine Auswahl der Ergebnisse ist in Tabelle 1 dargestellt.<sup>7</sup>

Hinzuweisen ist zunächst darauf, dass sozio-demografische sowie fa-

milienbezogene Faktoren kaum mit Linksextremismus in Beziehung stehen. Männliche Befragte befürworten allerdings signifikant häufiger militante Einstellungen; eine höhere Bildung schützt hingegen tendenziell vor anarchistischen und militanten Einstellungen. Zusätzlich gilt, dass elterliche Zuwendung und elterliches Kontrollverhalten Schutzfaktoren linksextrêmter Einstellungen sind. Der Sozialstatus, die Vereinszugehörigkeit, die Religiosität oder die regionale Herkunft spielen für die Zustimmung zum Linksextremismus hingegen keine Rolle.

Bedeutsame Risikofaktoren finden sich hingegen in den Sozialisationsbereichen *Freunde, Schule und Medien, Persönlichkeit und Verhaltensauffälligkeiten*:

- Einen engen Zusammenhang gibt es bspw. zwischen der *Bekanntheit mit delinquenten Freunden* und Linksextremismus. Wenn Befragte entsprechende Freundschaften haben, dann geht dies mit einer höheren Zustimmung zu linksextrêmten Einstellungen und einem häufigeren Ausüben linksextrêmten Verhaltens einher.
- Für den *Schulbereich* gilt daneben, dass erstens schlechtere Schulleistungen mit einer Befürwortung des Linksextremismus einhergehen. Zweitens reduziert eine höhere Schulbindung insbesondere die Zustimmung zu linksextrêmten Einstellungen. Drittens findet sich Gleiches auch für die Interventionsbereitschaft der Lehrkräfte. Positive schulische Erfahrungen haben also zur Folge, dass man sich weniger stark von der bestehenden ge-

sellschaftlichen Ordnung abwendet.

- Ebenfalls eine Rolle spielt der *Medienkonsum*. Zumindest in den Befragungen der Jahre 2013 bis 2017 kann dabei einerseits der Zusammenhang zwischen Gewaltmedienkonsum (z. B. Horrorfilme sehen, Gewaltspiele spielen) und Linksextremismus betrachtet werden. Die Auswertungen zeigen, dass ein häufigerer Gewaltmedienkonsum die Zustimmung zu linksextrêmten Einstellungen ebenso verstärkt wie die Ausübung linksextrêmten Verhaltens. Andererseits wurde auch der spezifisch linksorientierte Medienkonsum erhoben. Hierbei sollten die Jugendlichen einschätzen, wie häufig sie linke Zeitungen lesen, Texte von im linken Milieu geschätzten Autoren lesen, Musik linker Gruppen hören oder Internetseiten mit linkem Inhalt besuchen. Jede Form des linksorientierten Medienkonsums wurde dabei mit Beispielen illustriert (Zeitungen: z. B. Junge Welt, Texte: z. B. Mao, Musik: z. B. Rasta Knast, Internetseiten: z. B. Indymedia). Je häufiger junge Menschen derartige Medien konsumieren, umso stärker stimmen sie anarchistischen und militanten Einstellungen zu. Zusätzlich ergibt sich ein bedeutsamer Zusammenhang mit dem linksextrêmten Verhalten. Der linksorientierte Medienkonsum ist daher alles in allem recht folgenreich sowohl für die Einstellungen als auch das Verhalten. Da sich Jugendliche über den eigenen Medienkonsum austauschen und über diese Inhalte informieren, kann auch hier die Gruppenzugehörigkeit ein nicht zu vernachlässigender Faktor sein.

Werden verschiedene Merkmale der Persönlichkeit betrachtet, so zeigt sich zunächst, dass Empathie für linksextrême Einstellungen bedeutsam ist: Je höher dieses Merkmal ausgeprägt ist, desto niedriger fällt die Zustimmung zur Militanz und – etwas weniger – zum Anarchismus aus. Auf Verhaltensebene hat Empathie allerdings keine Wirkung. Dies ist aber für das Merkmal der niedrigen Selbstkon-

<sup>5</sup> Der Korrelationskoeffizient  $r$  liegt zwischen .41 und .49 (je nach Erhebungsjahr).

<sup>6</sup> Die Korrelationen zwischen Anarchismus und linksextrêmtem Verhalten liegen zwischen .04 und .14, zwischen Militanz und Verhalten zwischen .14 und .23.

<sup>7</sup> Die Auswertungen wurden getrennt für die Jahre 2013 bis 2017 und 2019 durchgeführt, weil 2019 teilweise andere Messinstrumente zur Erfassung von Linksextremismus eingesetzt wurden.

	2013–2017			2019		
	Anarchismus	Militanz	Verhalten	Anarchismus	Militanz	Verhalten
Delinquente Freunde	.18	.24	.18	.11	.18	.16
Schulleistungen	.13	.15				
Schulbindung	-.20	-.18		-.12	-.18	-.10
Interventionsbereitschaft Lehrkräfte	-.16	-.19		-.12	-.16	-.10
Gewaltmedienkonsum	.15	.24	.11	n. e.	n. e.	n. e.
Linksorientierter Medienkonsum	.14	-.18	.18		.13	.14
Empathie/Perspektivübernahme	-.10	-.18			-.17	
Selbstkontrolle: Risikosuche	.24	.26	.14	.12	.23	.13
Männlichkeitsnormen	.23	.36	.15	.17	.25	.16
Verschwörungsmentalität	n. e.	n. e.	n. e.	.24	.25	.10
Linke Orientierungen	.50	.56	.12	.40	.45	.12
Alkoholkonsum in letzten 12 Monaten	.11	.15		.13		
Konsum illeg. Drogen in letzten 12 M.	.18	.18	.20	.10	.18	.15
Schulschwänzen	.11	.12		.15	.17	.10
Delinquenz in letzten 12 Monaten	.14	.19	.20		.19	.16
n. e. – in der jeweiligen Befragung nicht erhoben						

Tabelle 1: Einflussfaktoren des Linksextremismus (Pearson r; gewichtete Daten; abgebildet:  $r \geq .10$ ; zur Interpretation: Nach Cohen (1988) werden Zusammenhänge bei Werten ab  $r=0,10$  als schwach, ab  $r=0,30$  als mittelstark und ab  $r=0,50$  als stark eingestuft)

trolle, erfasst über die hohe Risikosuche, der Fall. Je höher die Risikosuche ausgeprägt ist, umso mehr stimmen Befragte linksextremen Einstellungen zu und desto eher führen sie linksextremes Verhalten aus. Die (fehlende) Selbstkontrolle ist damit ein entscheidender Einflussfaktor des Linksextremismus.

Ein zur niedrigen Selbstkontrolle vergleichbares Bild zeigt sich für die Zustimmung zu Männlichkeitsnormen (z. B. „*Ein Mann sollte bereit sein, Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen*“). Solche mit Gewalt assoziierten Männlichkeitsvorstellungen haben zur Folge, dass linksextreme Einstellungen häufiger akzeptiert werden und ebenfalls häufiger linksextremes Verhalten ausgeführt wird.

Das Merkmal der Verschwörungsmentalität wurde nur in der Befragung des Jahres 2019 erfasst. Entsprechend der in Tabelle 1 dargestellten Korrelationen gilt, dass eine stärker ausgeprägte Verschwörungsmentalität insbesondere die Zustimmung zu linksextremen Einstellungen erhöht; der Zusammenhang mit dem Verhalten fällt demgegenüber jedoch deutlich schwächer aus.

Ebenfalls dargestellt ist der Zusammenhang zwischen dem Einstellungsmaß der linken Orientierungen und dem Linksextremismus. Als linke Orientierungen wurden Items zusammengefasst, die anti-repressive, anti-kapitalistische, anti-faschistische und anti-militärische Haltungen erfassen, die noch nicht als linksextrem

eingestuft werden können. Für diese Orientierungen zeigen sich die über alle Auswertungen hinweg stärksten Korrelationen mit den linksextremen Einstellungen. Allerdings fällt der Zusammenhang mit dem linksextremen Verhalten wiederum deutlich schwächer aus.

Zusätzlich sind in Tabelle 1 Auswertungen zum Einfluss verschiedener Verhaltensauffälligkeiten dargestellt. Diese belegen, dass der Konsum illegaler Drogen (Cannabis, Ecstasy usw.) sowie die Ausübung delinquenter Verhaltensweisen (Ladendiebstahl, Sachbeschädigung, Körperverletzung) mit linksextremen Verhalten bedeutsam korrelieren. Beide Faktoren stehen auch mit linksextremen Einstellungen in Beziehung. Zusätzlich zeigen sich auch – insgesamt etwas schwächere – Zusammenhänge für den Alkoholkonsum und das Schulschwänzen. Ein häufigerer Alkoholkonsum erhöht die Zustimmung zu linksextremen Einstellungen. Ein häufigeres Schulschwänzen geht mit einer stärkeren Befürwortung linksextremer Einstellungen einher.

Die durchgeführten Auswertungen sind bivariat und dürfen nicht als Kausalitäten interpretiert werden, da sie auf Querschnittsbefragungen beruhen. Zukünftig sollte daher verstärkt längsschnittliche Forschung durchgeführt werden, um weitere Erkenntnisse zu den Einflussfaktoren des Linksextremismus zu erarbeiten.

Zusätzlich zu den bivariaten Auswertungen wurden multivariate Ana-

lysen zur Erklärung linksextremen Verhaltens durchgeführt. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Weg zur linksextremen Gewalt scheint über verschiedene Wege zu verlaufen.

Aus der bestehenden Literatur ist bereits bekannt, dass Delinquenzverhalten mit verschiedenen Formen von Extremismus zusammenhängen kann (z. B. Manzoni et al., 2019). In den Analysen konnte damit übereinstimmend eine Art „*Delinquenzpfad*“ identifiziert werden, nach dem Personen, die einen delinquenten Lebensstil zeigen (sich mit delinquenten Freunden umgeben, Drogen konsumieren, selbst delinquentes Verhalten ausführen), auch eher zu linksextremem Verhalten neigen. Dieser delinquente Lebensstil ist den Ergebnissen bisheriger Forschungen entsprechend weitestgehend durch Sozialisationserfahrungen in verschiedenen Bereichen geprägt und Ausdruck spezifischer Personeneigenschaften. Delinquenz kann demnach als Risikofaktor für Linksextremismus identifiziert werden.

Andererseits scheint es ebenfalls eine Art „*Ideologiefad*“ zu geben, der eher für junge Menschen gilt, die biografisch weniger belastet bzw. weniger in delinquente Milieus integriert sind. Die Auswertungen haben gezeigt, dass Jugendliche, die linksextrem militante Einstellungen aufrechterhalten bzw. sich mit linksorientierten Medien beschäftigen, eher zu Gewalt greifen. Für diese Personen spielen ideologische Aspekte eine be-

deutsamere Rolle als für Personen, die dem „Delinquenzpfad“ folgen. Links-extreme Gewalttäter bzw. Gewalttäterinnen sind, etwas überspitzt dargestellt, entweder „ganz normale“ delinquente Jugendliche oder aber aus ideologischer Überzeugung heraus handelnde Personen.

Allerdings gibt es insbesondere zwischen einem delinquenten Lebensstil und der Befürwortung von Militanz ein gegenseitiges Stärkungsverhältnis. Für die Befürwortung linker Militanz spielen Erfahrungen in Sozialisationsbereichen sowie Persönlichkeitsmerkmale ebenfalls eine Rolle. Für diese, ebenso wie für den linksorientierten Medienkonsum, sind aber zusätzlich andere Faktoren von Bedeutung: In den Auswertungen hat sich bspw. gezeigt, dass Demokratiezufriedenheit negativ mit linksextremen Einstellungen korreliert. Zudem gibt es Korrelationen zwischen linken Orientierungen und linksextremen Einstellungen. Dies kann derart zusammengefasst werden, dass junge Menschen, die von der Demokratie enttäuscht sind (Demokratieunzufriedenheit), eher auch antikapitalistische, antirepressive, antimilitärische usw. Haltungen ausbilden, die eine gewisse Grundlage für eine weitere Radikalisierung bilden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich alle links denkenden Jugendlichen hin zu Militanz und Gewalt radikalisieren. Eine erhöhte Wahrscheinlichkeit konnte durch die Analysen jedoch aufgezeigt werden.

## Die aktuelle Präventionslandschaft

Nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Präventionspraxis sieht sich mit verschiedenen Herausforderungen durch die noch ungenaue Begriffsdefinition konfrontiert. Eine ungenaue Begrifflichkeit erschwert die Konzeption eines Präventionsprojektes. Diese bedarf einer eindeutigen Problemdefinition; d. h. es muss zu Beginn einer Präventionsmaßnahme geklärt werden, welchen Einstellungen und Verhaltensweisen vorgebeugt werden soll. Im Bereich des Linksextremismus steht die Präventionsarbeit zudem aufgrund der begrenzten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Einflussfaktoren erst am Anfang. Wie die Studie von Gruber und Lützing (2017) zeigt, gibt es kaum Präventionsprojek-

te bzw. -maßnahmen, die sich genuin dem Linksextremismus widmen: Für die Jahre 2014/2015 wurden von den Autoren insgesamt 721 Extremismuspräventionsprojekte identifiziert, von denen sich nur vier Prozent explizit der Linksextremismusprävention zuwendeten. Zu den vorhandenen Projekten konstatiert Kober (2019, S. 6) zugleich: „Zu keinem Projekt der Linksextremismusprävention liegt ein öffentlich zugänglicher Evaluationsbericht vor“, i. d. R. deshalb, weil keine Evaluation erfolgte.

In der dem Beitrag zugrunde liegenden Analyse wurden anhand einer systematischen Dokumentenanalyse und einer zusätzlichen E-Mail-Abfrage bei Projektträgern insgesamt 30 Projekte identifiziert, die sich den Bereichen „Linksextremismus“, „Linke Militanz“, „freiheitsfeindlicher Linksradikalismus“, „linker Extremismus“ oder Ähnlichem widmen. In Bezug auf diese Projekte hat sich Folgendes gezeigt: Die aktuellen Präventionsbestrebungen sind zu einem großen Anteil (20 von 30 Projekten) in der universellen Prävention angesiedelt und zeichnen sich durch eine hohe inhaltliche Vielfalt aus. Vornehmlich werden die Zielgruppen der Jugendlichen sowie der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren adressiert, die potenziell mit gefährdeten Gruppen in Kontakt kommen. Übergeordnetes Ziel ist es dabei, ideologiegeleitetes, demokratiefeindliches Verhalten zu verhindern bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Umgang mit potenziell gefährdeten Personen zu schulen.

Inhaltlich finden Methoden der politischen Bildungsarbeit Anwendung, die die Resilienz gegenüber extremistischen Ideologien fördern und die Empfänglichkeit für Angebote extremistischer Gruppen verringern sollen: Das Bewusstsein für demokratische Werte soll gestärkt, demokratische Argumentationskultur erlernt und die Artikulation friedlichen Protests vermittelt werden. Durch die Steigerung der Partizipation in der Gesellschaft und der Mitgestaltung des Nahrums soll Demokratie für die Jugendlichen praktisch erlebbar gemacht werden. Hierbei nehmen das Internet oder die sozialen Medien noch eine eher untergeordnete Rolle ein, da vielmehr auf die reale und nicht digitale Lebenswelt der Jugendlichen Bezug genommen wird. Zukünftig sollten Internet und soziale Medien aber verstärkt in der Präventionsarbeit adressiert werden.

## Folgerungen für die Prävention

Die Folgerungen der Analyse für die Prävention können entlang der bekannten Dreiteilung der Präventionsarbeit diskutiert werden: Ein universeller Ansatz bietet sich an, wenn breite Teile der Gesellschaft erreicht werden sollen, um diese vor verschiedenen Formen des Extremismus (und damit auch des Linksextremismus) zu bewahren. Ein selektiver Ansatz zielt darauf ab, Personen(gruppen) mit erhöhtem Risiko mit spezifischen Maßnahmen zu erreichen. Ein indizierter Ansatz widmet sich Personen(gruppen) mit hohem Risiko bzw. ersten Vorzeichen der Radikalisierung. Schließlich sind auch Interventionen bei bereits radikalisierten Personen zu berücksichtigen, bspw. in Form der Ausstiegsbegleitung und weiterführenden Rehabilitationsangebots.

Hinsichtlich möglicher Folgerungen in Bezug auf den Bereich der universellen Prävention sind folgende Aspekte bedeutsam:

- Es bieten sich phänomenübergreifende Ansätze zur Prävention des Linksextremismus an. Ein phänomenübergreifender Ansatz behandelt keine spezifische Form eines Extremismus, sondern kann auf der Ebene der allgemeinen Demokratieförderung, der politischen Bildung, der Akzeptanzsteigerung demokratischer Werte und der Toleranzsteigerung bzw. des Vorurteilabbaus ansetzen. Solche Maßnahmen können bereits im Kinder- und Jugendalter erfolgen und in zentralen Sozialisationskontexten wie Schulen und Vereinen durchgeführt werden.
- Ein phänomenübergreifender Ansatz kann sich zugleich auf die Prävention einer spezifischen Subdimension des Linksextremismus beziehen, die als Brückennarrativ zu anderen Extremismen dient. Zu denken ist hier bspw. an Phänomene wie Antisemitismus, Antifeminismus, Verschwörungsdenken usw. Die Prävention entsprechender Vorurteile bzw. Orientierungen beugt nicht nur dem Linksextremismus, sondern zusätzlich weiteren Extremismusformen vor.
- Präventionsarbeit im Bereich des Linksextremismus sollte sich zudem für diesen Extremismus relevanten gesellschaftlichen Problemen widmen, so z. B. den Themen soziale Ungleichheit, Ungerechtig-

keit, (strukturelle) Diskriminierung u. a. m.

- Die Anerkennung des politischen Interesses Jugendlicher und junger Erwachsener kann eine Steigerung des subjektiven Bedeutsamkeitsgefühls zur Folge haben, ihr Selbstbewusstsein stärken sowie Resilienz gegenüber extremistischen Ideologien erzeugen. Durch eine Förderung des bereits bestehenden politischen Interesses von Jugendlichen kommt diesen ein positives Gefühl der Bedeutsamkeit in der Gesellschaft zu, was wiederum vor einer Hinwendung zu extremistischen Einstellungen und Verhalten schützen kann. In diesem Sinne braucht es immer wieder an aktuelle Themenfelder der Jugendlichen anknüpfende Partizipationsangebote.
- Prävention von Extremismus allgemein, Linksextremismus im Besonderen, muss verstärkt in den sozialen Medien stattfinden. Der Medienkonsum erweist sich als relevanter Risikofaktor für eine Radikalisierung. Hier müssen Präventionsprojekte ansetzen. Im Bereich des islamistischen Extremismus finden sich nachweislich wirksame Angebote für Gegen- und alternative Narrative. Diese sind auch für den Linksextremismus zu entwickeln. Zudem wird es zukünftig umso mehr nötig sein, bspw. in Form von digital aufsuchender Sozialarbeit, Jugendliche in den Sozialen Medien zu erreichen und vor einer Radikalisierung zu schützen. Hierfür sind mit Pilotprojekten die notwendigen Grundlagen zu schaffen.
- Für die Umsetzung langfristiger Präventionsmaßnahmen empfiehlt es sich zudem, einerseits mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zusammenzuarbeiten und andererseits auf pädagogische Fachkräfte aus den Bereichen Soziale Arbeit, (Sozial-)Pädagogik u. a. m. zu setzen. Für diese Personengruppen sind daher entsprechende Weiterbildungsangebote dauerhaft anzubieten.

Zudem ist zu beachten, dass Extremismus teilweise vergleichbare Ursachen aufweist wie nicht extremistische Gewalteinstellungen bzw. nicht extremistisches Gewaltverhalten (Stichwort „Delinquenzpfad“). Dies bedeutet, dass Gewaltpräventionsprojekte, von denen eine Reihe nachgewiesenermaßen effektiver Programme existiert, auch bedeut-

sam sind für die Extremismusprävention. An diese Erkenntnis schließt sich die Folgerung an, dass Gewaltprävention weiterhin umfassend im Schul- und Freizeitbereich zu fördern ist, wobei sich solche eine Förderung auf die effektiven Maßnahmen fokussieren sollte. Für den Bereich der *selektiven und indizierten Prävention* lässt sich Folgendes formulieren: Um vulnerable Jugendliche zu erreichen, müssen diese zunächst identifiziert werden. Dies können am ehesten jene Personen, die mit Jugendlichen arbeiten – im schulischen wie im außerschulischen Bereich. Diese Personen sind daher als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dahingehend auszubilden, eine Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und adäquat auf diese zu reagieren. Ein regelstrukturelles Angebot aus speziellen Schulungen und Trainings ist daher zu empfehlen. Eine Implementierung der Schulungen und Trainings in die berufliche Aus- und Fortbildung wäre besonders wünschenswert.

Ein *indirekter selektiver Ansatz* betrifft die polizeiliche Einsatzgestaltung bei Demonstrationen im öffentlichen Raum, weil ein bedeutsamer Anteil der polizeilich registrierten Straftaten im Bereich linksextremer Gewalt die Konfrontation mit der Polizei zumeist bei Protestaufzügen ausmacht. Obwohl die Polizei immer wieder versucht, bei solchen Ereignissen mit Deeskalationsstrategien zu arbeiten, kommt es dennoch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese als Repression von linksextremer Seite klassifizierten Auseinandersetzungen können einerseits dazu führen, dass sich Personen weiter radikalisieren; andererseits dienen sie bislang unbeteiligten jungen Menschen als Identifikationsmoment und damit ggf. als Auslöser für einen Einstieg in die radikalere linke Szene, da das polizeiliche Vorgehen bspw. als ungerecht empfunden wird. Eine Folgerung mit Blick auf die Polizei lautet daher, dass sie sich dieser möglichen Folgen des eigenen Wirkens bewusst sein sollte und weiterhin alles tun sollte, um Eskalationen, die im Nachhinein als ungerechtfertigt und ungerecht bewertet werden können, zu vermeiden. Workshops mit Polizisten unterschiedlicher Hierarchiestufen oder andere Maßnahmen, über die ein Bewusstsein für Erscheinungsformen und Ursachen linksextremen Engagements geschaffen wird, erscheinen daher als ein möglicher Baustein

einer gesamtgesellschaftlichen Präventionsstrategie gegen Linksextremismus.

*Interventionsmaßnahmen* sind im Feld des Linksextremismus bislang kaum existent. Wenn sich regional eine Szene radikalisiert, wie dies bspw. in Berlin oder Leipzig der Fall ist, wird meist mit Repression versucht, die Szene zu beeinflussen. Der Erfolg repressiver Maßnahmen ist dabei begrenzt. Interventionsprojekte sehen sich mit der zentralen Herausforderung konfrontiert, dass sie die Zielgruppe nur ausgesprochen schwer erreichen. Bislang wird im Wesentlichen versucht, intervenierend mittels *Ausstiegsprogrammen* zu agieren. Dies erscheint jedoch nicht als vielversprechender Weg, u. a. aufgrund der Distanz gegenüber staatlichen Akteuren, welche gewöhnlich die Programme organisieren. Hinsichtlich der Frage, wie geeignete Intervention im Bereich des Linksextremismus beschaffen sein könnte, bedarf es daher in erster Linie weiterer wissenschaftlicher Forschung, die bspw. systematisch die Ausstiegsverläufe und -prozesse aus der Szene untersuchen könnte. Derartige Desistance-Forschung hat im Bereich der allgemeinen Kriminalität in der Vergangenheit zu wichtigen Einsichten bspw. in Bezug auf die Rolle von Familienbeziehungen oder der Berufstätigkeit geführt. Die Ergebnisse dürften sich nicht eins zu eins auf den Extremismusbereich übertragen lassen, weshalb zusätzliche Studien zum Ausstieg aus dem Extremismus notwendig erscheinen.

Laura Treskow, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen

Kontakt: Laura.Treskow@kfn.de

Prof. Dr. Dirk Baier, Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Kontakt: Baid@zhaw.ch

## Literatur

Backes, U. (2008). Linksextremismus im vereinten Deutschland. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33615/links-extremismus-im-vereinten-deutschland?p=all>.

Bundesamt für Verfassungsschutz (o. J.). Linksextremismus. Online verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteiger-programm-linksextremismus>.

Cohen, J. (1988). Statistical power analysis for the behavioral sciences (2nd ed.). Hillsdale, N. J.: L. Erlbaum Associates.

Gmeiner, J., Micus, M. (2018). Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen. In: Institut für Demokratieforschung (Hrsg.), Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX). Göttingen, S. 2–18.

Gruber, F., Lützing, S. (2017). Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Bundeskriminalamt.

Kober, M. (2019). Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Eine Übersichtsarbeit. Nationales Zentrum für Kriminalprävention.

Mannewitz, T., Thieme, T. (2020). Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Pfahl-Traughber, A. (2020). Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. 2. aktualisierte Auflage. Springer VS. Wiesbaden.

Scherr, A. (2020). Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? In: Meinhardt, A.-K., Redlich, B. (Hrsg.), Linke Militanz. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag, S. 78–90.

Schroeder, K., Deutz-Schroeder, M. (2015). Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt/Main: Peter Lang Verlag.

Treskow, L., Baier, D. (2020). Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Nieder-

sachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention. Hannover, Zürich: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen & Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.